

Wahlprüfsteine 2013

Aktuelle Themen, die bewegen – leicht lesbar!

Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung bringt sich auch im Wahljahr 2013 ein und fragte bei den Parteien ihre politische Positionen ab. Die Mitarbeiter des [RAUS-Projektes](#) haben den Bundestags-Parteien Fragen zur Bundestagswahl übermittelt und gebeten, ihre Positionen und Konzepte einzubringen.

Wie bereits bei den Wahlprüfsteinen 2009 haben alle im Bundestag vertretenen Parteien auf die Prüfsteine geantwortet. Weiterhin veröffentlichen wir auf Wunsch der Piratenpartei auch ihre Positionen.

Die Parteien äußerten sich zu wahlentscheidenden Themen - in kurzen, einfachen und leicht verständlichen Sätzen.



Hier die Antworten von
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)

1.) Wie steht Ihre Partei dazu, dass Deutschland andere EU-Staaten finanziell unterstützt?

Wir wollen, das Europa zusammen bleibt. Deutschland geht es nur gut, wenn es Europa gut geht. Dafür wollen wir alles tun. Nur gemeinsam sind die Länder in Europa stark. Nur gemeinsam bleibt Europa wichtig in der Welt. Nur gemeinsam können wir den Wohlstand und den Frieden sichern.

Nur zu sparen hilft den Ländern nicht. Sie brauchen auch Geld für ihre Wirtschaft, um Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn nur gespart wird, haben die Leute wenig Geld. Sie können wenig kaufen. Dann geht es auch den Firmen und Geschäften schlecht. Dann gibt es nur wenige Arbeitsplätze für die Menschen. Schon jetzt

Kontakt

Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. Berliner Platz 8-10 48143 Münster
Andreas Brinkmann Tim Tjettmers
0251-49099641 0251-49099642
a.brinkmann@alphabetisierung.de t.tjettmers@alphabetisierung.de

haben viele junge Menschen keine Arbeit in anderen EU-Staaten. Wir wollen, dass es den Menschen in Europa wieder besser geht.

Deutschland ist der größte Gewinner einer gemeinsamen Währung, dem Euro, in Europa. Viele Menschen in Europa kaufen deutsche Produkte. Wenn es den Menschen aber schlecht geht, haben sie kein Geld, deutsche Produkte zu kaufen. Das gefährdet auch die deutsche Wirtschaft und Arbeitsplätze. Auch deshalb wollen wir andere EU-Staaten finanziell unterstützen.

2.) Was tut Ihre Partei dafür, dass es mir in Zukunft trotz Finanzkrise nicht schlechter geht?

Alle Bürgerinnen und Bürger tragen die Folgen der Krise. Sie ist unter anderem entstanden, weil die Banken schlechte Entscheidungen getroffen haben.

Der Staat rettete die Banken bisher mit Steuergeldern: Geld, das den Bürgerinnen und Bürgern gehört! Wir meinen: Wenn Banken viel Geld in unsichere Geschäfte stecken wollen, darf das nicht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger gehen. Darum wollen wir strengere gesetzliche Regeln, nämlich eine Kontrolle aller Finanzgeschäfte. *[Ein anderes Wort für Finanzgeschäfte ist „Geldgeschäfte“. Das sind alle Geschäfte, bei denen nur mit Geld gehandelt wird.]* Die Bankenaufsicht muss gut kontrollieren, ob sich alle Banken an die Regeln halten.

In ganz Europa soll es eine Steuer auf Finanzgeschäfte geben. Jeder Staat bekommt dadurch mehr Geld in die Kasse. Er kann zum Beispiel mehr Schulen oder Straßen bauen.

3.) Wie will Ihre Partei sichern, dass ich sozial abgesichert bleibe?

Alle Menschen sollen auch im Alter genug Geld zum Leben haben. Jeder muss die passende Rente erhalten.

Arbeitet jemand körperlich sehr schwer, kann er oft nicht bis zum normalen Rentenalter arbeiten. *[Rentenalter heißt, dass man ab diesem Alter eine monatliche Rente bekommt. Jetzt ist das noch mit gut 65 Jahren. Das Rentenalter wird aber in den nächsten Jahren immer höher. Wer nach 1964 geboren wurde, kann erst mit 67 in Rente gehen.]* Er sollte schon früher aufhören können, ohne dass er eine viel niedrigere Rente bekommt.

Wer ganz jung angefangen hat zu arbeiten, darf auch schon mit 63 in Rente gehen. Denn wenn jemand 45 Jahre lang rentenversichert war, soll er auch die volle Rente bekommen.

Wer mindestens 30 Jahre Beiträge in die Rentenkasse gezahlt hat, soll mindestens 850 Euro Rente bekommen. Manche Menschen haben in den 30 oder mehr Jahren nicht genug in die Rentenkasse eingezahlt. Sie hatten zum Beispiel einen niedrigen Stundenlohn. Trotzdem sollen sie die 850 Euro im Monat erhalten. Wir nennen das „Solidar-Rente“.

Wer krank ist oder Pflege braucht, muss eine gute Krankenversicherung haben. Wir wollen, dass alle Menschen gleich gut behandelt werden. Darum wollen wir eine Bürgerversicherung einführen. Das bedeutet: Alle sind gleichberechtigt versichert. Egal ob arm oder reich, krank oder gesund, jung oder alt. Und wer mehr verdient, zahlt mehr. Wer weniger verdient, zahlt weniger. Das ist gerecht.

4.) Was bedeutet für Ihre Partei „gerechter Lohn“?

Alle Menschen sollen für ihre Arbeit einen guten Lohn erhalten. Das gilt für alle Berufe. Jeder soll Anerkennung für seine Arbeit bekommen.

Alle sollen mindestens 8,50 Euro pro Stunde verdienen. Mit weniger kommen die Menschen nicht aus. Wer arbeitet, muss genug Geld für Essen, Miete und Strom haben.

5.) Was unternimmt Ihre Partei, damit Familie und Beruf für mich vereinbar sind?

Familien sind verschieden. Egal ob verheiratet, unverheiratet oder alleinerziehend. Egal ob Mann und Frau oder Partner des gleichen Geschlechts: Niemand soll wählen müssen zwischen Beruf oder Kind. Wer es will, soll beides haben können. Dabei wollen wir helfen.

Darum soll es mehr Ganztags-Betreuung geben. Das bedeutet: Kinder sollen länger in der Kita oder der Schule bleiben können, nämlich mindestens sieben Stunden pro Tag. Erzieherinnen, Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer sind in dieser Zeit für die Kinder da. So können die Eltern ihre Arbeitszeiten besser planen.

6.) Was tut Ihre Partei dafür, dass Wohnen bezahlbar bleibt?

Mieten für die eigene Wohnung dürfen nicht zu teuer werden. Wenn man schon in einer Wohnung wohnt, sollen die Vermieter die Miete nicht mehr so stark erhöhen dürfen. Und wenn eine Wohnung neu vermietet wird, soll sie nicht sehr viel mehr kosten als vorher.

Im Moment zahlen Mieter oft Geld, wenn sie eine neue Wohnung mieten wollen. Vermieter beauftragen oft einen Makler damit, für sie einen neuen Mieter zu suchen. *[Makler sind Personen, die Wohnungen für die Vermieter an den Mieter vermitteln.]* Wir wollen, dass neue Mieter für den Makler kein Geld bezahlen müssen. Der Vermieter hat den Makler bestellt. Also soll der Vermieter den Makler bezahlen.

In manchen Städten gibt es nicht genug Wohnungen. Die Wohnungen sind dann sehr teuer. Deshalb wollen wir, dass mehr Wohnungen gebaut werden. Das wollen wir fördern. Denn ohne neue Wohnungen werden die Mieten noch teurer.

7.) Was leisten Sie im Bereich Datenschutz im Internet sowie für die Freiheit im Netz?

Der Datenschutz im Internet ist eines der wichtigsten Grundrechte im digitalen Wir wollen einen wirksamen Datenschutz. Er soll Persönlichkeitsrechte schützen. Bürgerinnen und Bürger sollen selbstständig über ihre persönlichen Daten bestimmen können. Im Internet und sozialen Netzwerken wollen wir einen rechtlichen Rahmen, der Benutzer schützt. Dafür setzten wir uns in Deutschland und Europa ein.

Alle Daten sollen im Internet gleich behandelt werden. Wir wollen, dass es keine Unterscheidung wegen Inhalt, Dienst, Anwendung, Herkunft oder Ziel gibt. Das nennt man Netzneutralität. Wir wollen das gesetzlich verankern. Auch wollen wir, das alle Zugang zu allen Inhalten im Internet haben. Deshalb wollen wir ein Recht für alle auf ein schnelles Netz.

8.) Wo will Ihre Partei im Bereich Bildung Schwerpunkte setzen?

Wir wollen, dass alle Menschen gute Bildung bekommen können. Egal ob arm oder reich. Egal ob die Eltern eine gute Bildung hatten oder nicht.

Jeder soll eine Ausbildung machen können. In einem Betrieb, an einer Fachhochschule oder an einer Universität. Auch Menschen, die nicht beim ersten Mal einen Schulabschluss oder Berufsabschluss geschafft haben. Sie sollen eine weitere Chance bekommen. Deshalb wollen wir eine Garantie auf eine Berufsausbildung.

Wenn Kinder miteinander lernen, lernen sie schneller und besser. Darum soll es mehr Ganztagschulen geben. *[In Ganztagschulen können Kinder bis zum späten Nachmittag in der Schule bleiben. Sie haben nicht nur Unterricht. Je nach der Art der Ganztagschule gibt es dort auch Freizeit-Angebote oder Begleitung bei den Hausaufgaben.]* Eltern können gleichzeitig Kinder und Beruf besser miteinander vereinbaren.

Wir wollen mehr Geld für Bildung: für mehr Kitas, bessere Schulen und mehr Lehrerinnen und Lehrer. *[Kitas ist die Abkürzung für Kindertagesstätte. Kinder bis zu sechs Jahren können dort spielen, essen, schlafen und auch schon etwas lernen.]* In den nächsten Jahren wollen wir 20 Milliarden Euro zusätzlich für Bildung ausgeben.

Wir wollen mehr Zusammenarbeit im ganzen Land. Bis jetzt entscheiden vor allem die Bundesländer über die Bildung. Wir meinen: Wenn alle im ganzen Land zusammenarbeiten, hat jedes Kind dieselben Chancen. So können alle die bestmögliche Bildung bekommen.